

Tischvorlage Gemeinderat 16.07.2014

TOP 1, öffentlich, Anlage 9 zu GD 900/14

OB, OB/G

GRÜNE
Fraktion
Ulm

Herrn OB Gönner, per E-Mail
Kopie: an die Medien der Region

Rathaus, Marktplatz 1
Tel. 0731 161-1096
Fax 0731 161-1097

Öffnungszeiten:

Mo. - Fr. 8:00-12:00 Uhr
und nach Vereinbarung
gruene-fraktion@ulm.de
www.gruene-fraktion-ulm.de

Ulm, 15. 7. 2014

Änderungsvorschläge Haushalt 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gönner,

wie der Sitzung des Hauptausschusses am 10.07.2014 vereinbart, reichen wir hiermit unsere Änderungsvorschläge für den Haushalt 2015 ein. Wir bitten die Verwaltung, die Vorschläge zu prüfen und in den zuständigen Gremien zur Abstimmung zu stellen.

Im Bereich **Bildung und Soziales** beantragen wir:

- Mittel einzustellen, um – sollte das Sprachförderprogramm „Frühe Chancen“ vom Bund nicht fortgeführt werden – eine Sprachförderung für Kinder weiterhin zu ermöglichen;
- eine zusätzliche Stelle für das naturkundliche Bildungszentrum zu schaffen;
- die Budgets der Sozial- und Bürgerzentren für Sozialraumarbeit um jeweils 20.000 Euro aufzustocken;
- Mittel bereit zu stellen, um den noch ausstehenden Teil der Sanierung der Flüchtlingsunterkünfte bereits 2015 zu beginnen;
- weitere 250.000 Euro bereit zu stellen, um die räumliche und sächliche Ausstattung der Ulmer Gemeinschaftsschulen zu verbessern;
- Mittel vorzusehen, um die Schwimm- und Mehrzweckhalle in Einsingen komplett zu sanieren, inklusive eines Austauschs der Fenster im gesamten Gebäude und des Vollwärmeschutzes. Nach unseren Informationen ist mit einem Kostenaufwand von ca. 450.000 Euro zu rechnen.

Im Bereich **Stadtentwicklung, Bau und Umwelt** wird beantragt:

- die Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Bereich Gebäudemanagement, um die energetische Ertüchtigung der städtischen Gebäude beschleunigt anzugehen;

- die Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle für Wohnungssuchende.

Im Bereich des **Hauptausschusses** beantragen wir:

- die Erhöhung der Steuer auf Geldspielgeräte auf 20% der Bruttokasse (diesen Satz hat der VGH Mannheim als zulässig erklärt);
- die Schaffung weiterer Stellen im Bereich der Waffenkontrollen, um eine Kontrolldichte zu ermöglichen, bei der die WaffenbesitzerInnen mind. einmal in fünf Jahren kontrolliert werden;
- den Verzicht auf Ausschüttungen der UWS, damit die Gesellschaft weitere Mittel für den sozialen Wohnungsbau erhält;
- die Bereitstellung von einer Million Euro pro Jahr, um Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau im Rahmen der Ulmer Grundstückspolitik vergünstigt abzugeben.

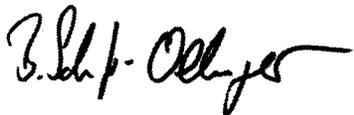
Für die **Zuschussliste** wird beantragt:

- den Zuschuss für die Drogenhilfe um 6.000 Euro zu erhöhen;
- der Verbraucherzentrale einen Betriebskostenzuschuss von 21.000 Euro zu gewähren;
- sowie ein Zuschuss an das DZOK in Höhe von 25.000 Euro.

Für die Arbeit der Verwaltung bedanken wir uns im Voraus und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Ihre GRÜNE Fraktion Ulm



(B. Schäfer-Oelmayer)



(R. Böker)



(A. Weinreich)



(S. Räkel-Rehner)



(M. Joukov)



(U. Lambrecht)